

Beschluss des Bundesvorstandes

Mit Verbrauchern und Landwirten für gesunde Lebensmittel

Die Auswirkungen der BSE-Krise verunsichern die Verbraucher und bedrohen Landwirte in ihrer Existenz. Auch wir haben uns in der Vergangenheit zu lange der Illusion hingegeben, Deutschland sei BSE-frei. In dieser Situation muss Verbraucherschutz absolute Priorität haben. Ein vorsorgender Verbraucherschutz muss integraler Bestandteil der Agrarproduktion sein. Deshalb hat die CDU bereits zur Bewältigung der BSE-Krise ein umfassendes [10-Punkte-Programm](#) vorgestellt.

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es zum Aufkauf von 400.000 Rindern in Deutschland keine Alternative. Die Entscheidung über die Verwendung des Fleisches kann erst nach Klärung der offenen Fragen bei BSE getroffen werden.

In der jetzigen Situation ist es denkbar falsch, wenn die rot-grüne Bundesregierung die Landwirte an den Pranger stellt und einen Sündenbock sucht. Die Landwirte arbeiten nach festgelegten Standards – der sog. guten fachlichen Praxis –, die in den letzten Jahren kontinuierlich weiter entwickelt wurden und auch in Zukunft weiter entwickelt werden müssen. Sie erbringen unverzichtbare Leistungen für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die Entwicklung der ländlichen Räume, die Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Statt also wie Bundeskanzler Schröder mit dem bewusst unklaren Begriff der „Agrarfabriken“ ein neues Feindbild aufzubauen, brauchen wir ein Bündnis von Verbrauchern, Landwirten und Wissenschaftlern. Nur so kann die Bekämpfung der BSE-Seuche tatsächlich wirkungsvoll angegangen werden.

Wir brauchen Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik insgesamt. Diese wären im übrigen auch ohne die BSE-Krise notwendig gewesen. Hinzu kommen die mit der EU-Erweiterung verbundenen Auswirkungen auf die Landwirtschaft der jetzigen Europäischen Union sowie die Herausforderungen an die Landwirtschaft durch die Prinzipien des freien Welthandels in den WTO-Verhandlungen. Bei der Verabschiedung der Agenda 2000 hat Bundeskanzler Schröder bewusst die Wettbewerbszwänge für die deutsche und europäische Landwirtschaft verstärkt. Jetzt tut er so, als ob das Gegenteil davon, das Richtige wäre.

Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Politik die Landwirte sowie die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereiche in dem notwendigen Veränderungsprozess nicht alleine lässt. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft darf und kann nicht gegen die Landwirte durchgesetzt werden, sondern muss mit ihnen erfolgen. Dabei sind die Auswirkungen auf den ländlichen Raum zu berücksichtigen.

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat deshalb folgendes beschlossen:

- Die Weiterentwicklung der Standards der Europäischen Union für eine naturnahe und wettbewerbsfähige Landbewirtschaftung und eine artgerechte Tierhaltung. Nationale Alleingänge sollten möglichst vermieden werden, weil sie sehr häufig zur Produktionsverlagerung aber nicht zu einer Verbesserung der Produktionsmethoden führen.
- Eine Anpassung der landwirtschaftlichen Förderung mit dem Ziel, neben der heute vorwiegend praktizierten Produktförderung auch eine verstärkte Förderung von Leistungen wie der flächenbezogenen Bewirtschaftung vorzunehmen. Damit können auch die unternehmerische Freiheit der Betriebe und ihre Vielfalt gefördert sowie eine breitere Grundlage für die Einkommensbildung der Landwirte

hergestellt werden. Dabei muss die Aufgabe der Landwirte bei der Pflege der Kulturlandschaft mit einbezogen werden.

- Die regionalen Spielräume der Agrarpolitik zu erweitern, in dem auf der Grundlage der EU-Standards, eine Co-Finanzierung in der Agrarpolitik auf nationale und föderale Ebenen zurückverlagert werden. Gerade diesem Ziel hatte sich die rot-grüne Bundesregierung bei den Verhandlungen zur Agenda 2000 verschlossen. Doch nur mit einer regionalen Differenzierung können die günstigen Entwicklungsmöglichkeiten der Regionen genutzt und eine Identität zwischen Regionen und ihrer Landwirtschaft wiederhergestellt werden. Verstärkt werden kann dies durch eine Initiative für regionale Markenzeichen.
- Es muss wieder eine größere Werthaltigkeit von Nahrungsmitteln auf den Märkten durchgesetzt werden. Hierbei müssen die Regelungen des Kartellrechts überprüft werden.
- Die notwendige Umstrukturierung der Landwirtschaft auch im Sinne der neuen Herausforderungen des Verbraucherschutzes müssen steuerlich unterstützt werden.
- Durch eine Kennzeichnung der Agrarprodukte und der Produktionsweisen muss die Transparenz von Lebensmitteln abgesichert werden. Diese Transparenz muss auch für eingesetzte Futtermittel und bei verarbeitenden Lebensmitteln gelten. Außerdem muss die Kontrolldichte bei der Futtermittelherstellung und der Lebensmittelvermarktung erheblich erhöht werden. Dazu brauchen wir eine unabhängige Kontrollbehörde auf Bundesebene. Verstöße gegen geltendes Recht müssen härter als in der Vergangenheit bestraft werden. Das Vertrauen in gesunde Lebensmittel ist eine gemeinschaftliche Aufgabe.
- Eine Landwirtschaftspolitik, die sich diesen Grundsätzen verpflichtet fühlt, gilt für alle. Die Größe eines Betriebes ist nicht das Kriterium, das über artgerechte Tierhaltung und naturnahe Flächenbewirtschaftung entscheidet. Eine zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik muss die betrieblichen Entfaltungsmöglichkeiten der konventionell aber auch der alternativen Landwirtschaft sichern. Der Ökolandbau darf dabei nicht gegen konventionell wirtschaftende Betriebe ausgespielt werden. Eine moderne Agrarpolitik bietet - ob großer oder kleiner Betrieb, ob Ökolandbau oder konventioneller Bauernhof - allen Verbrauchern gesunde Lebensmittel und hängt keinen Bereich der Landwirtschaft von den Entwicklungsnotwendigkeiten ab. Sie dient so auch in Zukunft der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes, der Erzeugung gesunder Lebensmittel und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und damit den Menschen in unserem Land.